

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.65 Mark
auswärts, Zustellungsgeld für Ver-
sendungen werden allen Bestellen
postfrei zugesandt. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
"Halle-Zeitung" eingetragen. Für un-
verlangt eingehende Anzeigen
ist keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe "Halle-Zeitung" gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Druckerei-Abteilung Nr. 1132.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 6009.

Morgen-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Zweihundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7geposteten Kolonien
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-
net und in unfernen Anzeigenspalten
und allen Anzeigenspalten ange-
nommen. Bestimmen die Zeile 1 M.
Schlag der Anzeigen-Annahme
vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenspalten, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheinungst. 2mal, Sonntags 1mal.
Schriftleitung und Haupt-Verkaufs-
stelle: Halle, Dr. Grumbachstraße 17,
Telefon-Geschäftsstellen: Markt 21
und Dr. Ulrichstraße 52.

Nr. 57.

Halle, Sonntag, den 3. Februar

1918.

Russisch-ukrainisches Kedduell.

Besprechungen sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter mit dem Reichkanzler und dem Vizekanzler.

Russische Auseinandersetzungen in Brest-Litowsk.

Der diplomatische Kampf um die Selbständigkeit der Ukraine. — Radoslawow als Führer der Bulgaren in Brest-Litowsk.

WTB. Brest-Litowsk, 2. Februar. Gestern nachmittag und unter Teilnahme sämtlicher Delegationen einseitiglich der inwärtigen in Brest-Litowsk wieder eingetroffenen Abordnung der Ukraine eine Diskussion statt, die zum Zweck hatte, die Stellungnahme der beteiligten Regierungen zu der ukrainischen Zentralrada einigartig klarzustellen.

Zu Beginn der Sitzung leitete der Vorsitzende, der bulgarische Militärbevollmächtigte Oberst Gantschew, mit, daß in der Zusammenkunft der bulgarischen Delegation inoffiziell eine Abänderung eingetreten sei, als an Stelle des bisherigen Vorsitzenden der Abordnung, Justizminister P. P. Radoslawow, nunmehr der bulgarische Ministerpräsident Dr. Radoslawow stehe.

Herr Gantschew, der hierauf das Wort ergriff, gab bekannt, daß an Stelle des bisherigen Vorsitzenden der Abordnung der ukrainischen Rada, Herr Holobowitsch, er selbst den Vorsitz übernehme.

Auf die Tagesordnung übergehend, wies der Redner dann eingehend auf die in der Plenarsitzung am 10. Januar verlesene Universal III der ukrainischen Zentralrada vom 7. November a. St. hin, womit die ukrainische Volksrepublik proklamiert und deren internationale Stellung bestimmt worden war. Die internationale Stellung der ukrainischen Volksrepublik sei damals sowohl durch den Rat der Volkskommissionen als auch die Vertreter der vier verbündeten Mächte anerkannt worden. Im Sinne dieser Erklärung sei dann auch die Ukraine als unabhängiger Staat angesehen worden. Nach der Unterbrechung habe nun Herr Trotski versucht, die Stellung und Rechte der ukrainischen Delegation zu leugnen, wobei er sich auf das bis dahin nie erwähnte Vorhandensein des Exekutivkommissariats in Charlow berufen habe. Die ukrainische Delegation habe es für notwendig gehalten, festzustellen, daß die von Herrn Trotski in dieser Sitzung geäußerte Rede in einem vollständigen Widerspruch zu allen früheren Erklärungen stehe, weshalb er gewünscht sei, folgende Erklärung abzugeben:

Wir sind durchaus mit Herrn Trotski einer Ansicht, daß in dem staatlichen Leben der Ukraine Veränderungen vorgekommen sind, die aber ganz anders Natur sind als die, auf welche Herr Trotski hinwies. Das Wesen dieser Veränderungen steht in Zusammenhang mit dem IV. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 24. Januar. In diesem steht es: Von nun an bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemand abhängigen und souveränen Staat.

Hierzu müsse er bemerken, daß die Regierung der ukrainischen Volksrepublik besteht gewesen sei, einen Bund aller Republiken zu schaffen, welche auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreichs entstanden seien, um eine gemeinsame föderative Organisation in Russland zu bilden. Da aber bis zur Erlassung des IV. Universalis noch aller Verträge der ukrainischen Regierung ein derartiges Organ nicht zustande gekommen sei und da aus der gegenwärtigen Lage hervorgehe, daß ein solches auch nicht zustande kommen könne, so habe die ukrainische Zentralrada die Bildung einer föderativen Regierung fallen lassen müssen und habe durch das IV. Universal die Ukraine zu einem selbständigen und von niemandem abhängigen Staat proklamiert.

Was die von Herrn Trotski angeführten Argumente anbelangt, so entbehren diese jeder Bedeutung. Die Bestätigung darauf, daß in der ukrainischen Volksrepublik der Exekutivkommissariat in Charlow die Interessen der Arbeiterklasse besser vertrete, sei leicht zu widerlegen. Das betrifft aber das Gebiet der inneren Beziehungen, welche nicht der internationalen Kontrolle unterliegen. Noch weniger überzeugend sei die Behauptung des Herrn Trotski darauf, daß die ukrainische Delegation keine Forderung habe, weil sie nicht vom Exekutivkommissariat in Charlow anerkannt worden sei. Nach diesem Argument muß in erster Linie die russische Delegation ihre Vollmacht wiederlegen, da in ihr weder Vertreter der Moldau noch der Krim, noch der Don-Kosaken, noch der kaukasischen Volksstämme, noch Sibirien ver-

treten seien, welche ebenfalls nicht die Regierung des Rates der Volkskommissionen anerkennen. Um nun neuerlichen falschen Auslegungen von irgendwelcher Seite vorzubeugen und für die Zukunft Erklärungen der russischen Delegation zu vermeiden, die untereinander in Widerspruch stehen, schlägt die ukrainische Delegation vor, die ukrainische Republik als einen durchaus selbständigen und von niemand abhängigen Staat formell anzuerkennen.

Hierauf gab auf Aufforderung des Herrn Trotski der der russischen Delegation angehörende Vertreter des ukrainischen Exekutivkommissariats Herr Medwedjew eine Erklärung ab, in welcher er ausführt: Der ukrainische Exekutivkommissarius habe von Anfang die Kiewer Rada nicht als vollberechtigt gehalten, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen. Was die jenen Friedensverhandlungen betreffe, so sehe der Exekutivkommissarius der ukrainischen Republik ganz auf jenen Grundrissen des demokratischen Friedens, die durch die russische Revolution propagiert und von den ukrainischen Sowjets bestätigt worden sei: Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, der den Willern das Recht der Selbstbestimmung sichere. Was die okkupierten Gebiete anbetreffe, so teile der Exekutivkommissarius dem Standpunkt, den die russische Delegation hier vertreten habe und erklärt, daß das ukrainische Volk irgendwelches Lieberkommen und Verträge der Rada nicht anerkennen werde und daß dieselben nicht zu seinen Gunsten geschlossen würden, wenn sie nicht durch die russische Republik anerkannt worden seien.

Antwortsprechend führte Herr Trotski aus: Es sei in keiner Weise zu bestreiten, daß er hier im Prinzip erklärt habe, die zwischen der Kiewer Rada und der Petersburger Regierung bestehenden Konflikte könnten keinen Einfluß darauf ausüben, daß die Ukraine als selbständiger Staat anerkenne. Die Anerkennung der Selbständigkeit oder Unabhängigkeit eines Staates könne aber nicht mit der Anerkennung dieser oder jener Regierung verknüpft werden. In welchem Maße die internationale Rechtsstellung der Ukraine noch im Werden begriffen sei, ginge daraus hervor, daß man heute aus dem Munde des Vorsitzenden der ukrainischen Delegation eine außerordentlich wichtige prinzipielle Ausrufung des Standpunktes der Kiewer Rada in der Frage der internationalen rechtlichen Beziehungen der Ukraine erlahnen habe. Die Kiewer Rada lehne eine Beteiligung an der föderativen russischen Republik ab, und dies erfolge jetzt, nachdem auf dem dritten Kongresse der Sowjets unter Teilnahme von Vertretern des ukrainischen Volkes der russische Staat als föderative Republik anerkannt worden sei. Unter den Prinzipien aus seinen — Trotski — Ausführungen, auf welche sich der Vorsitzende der Kiewer Rada berufe, siehe ein Zitat, welches von entscheidender Bedeutung für die Beantwortung dieser Frage sei. Er habe damals ohne einen Protest seitens der Delegation der Kiewer Rada hervorzuheben, darauf hingewiesen, daß gerade infolge der vorläufigen noch ungestillten Situation in der Ukraine, insbesondere bezüglich ihrer Grenzen, in allen Streitigen Punkten eine vorhergehende Einigung der beiden hier vertretenen Delegationen notwendig sei. Diese Erklärung habe auch eine negative Seite, heißt: Jedes Einvernehmen zwischen Rada und den Mittelmächten, welches wegen der noch nicht erfolgten Abwechslung zwischen diesen beiden Staaten einen Widerspruch von Seiten der russischen Delegation hervorrufe, werde in der Rada nicht als ein Recht und werde von der Rada nicht als ein Interesse daran, ihr Bestehen zu Ukraine in materieller Hinsicht präzisieren zu können, dadurch, daß sie nicht fiktive Größen für tatsächliche ansehen. Gerade deshalb halte er es für notwendig darauf hinzuweisen, daß in manchen Kreisen die separatistischen Tendenzen im heutigen Russland übermäßig seien.

(Bei Schluß der Debatte war der vollständige drahtliche Bericht über die wichtigsten Freitag-Verhandlungen noch nicht ganz in Berlin eingetroffen.)

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 2. Februar, abends. (Umst.)
Von den Kriegsgeschäften nichts Neues.

Berlin — Moskau.

Basel, 2. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Petersburger Meldungen hat die russische Regierung die am mittelbare telegraphische Verbindung zwischen Moskau und Berlin angeordnet.

(Siehe Dasselben Seite 2.)

Das finnische Beispiel.

(Der Weltrevolutionsplan der Bolschewiki.)

In dem Augenblicke, in dem sich Herr Trotski, der russische Titular, wieder nach Brest-Litowin in Bewegung gesetzt hat, um, wie man bisher glaubte, mit den Mittelmächten die neuen Grundlagen der künftigen Einigung des europäischen Ostens zu vereinbaren, ist die finnische Revolution ausgebrochen, die der ganzen Frage ein anderes Gesicht gegeben hat. Wir stehen vor verblüffenden Ereignissen, die mit zwingender Klarheit auch dem Zweifelnden darthun, daß die russische Politik ganz andere Ziele als die unserer Unterhändler verfolgt. Staatssekretär von Rühlmann hat in seinen letzten Reden vor dem Hauptauswahlgang mit großen Nachdruck seine Bedenken in Bezug auf die Ausrichtung des russischen Friedenswillens geäußert. Er hat mit jener Offenheit, die ja von Herrn Trotski als das beste Mittel zur Erfüllung diplomatischer Aufgaben gepriesen wird, erklärt, daß nicht der Friede, sondern die Ausbreitung der Revolution und diese allein das Ziel ist, auf das die Politik der Bolschewiki hinabzielt. Was insoweit geäußert, hat ihn Recht gegeben. Ein Beleg für diese Auffassung waren die Vorgänge in der Ukraine. Auch die Anerkennung der ukrainischen Rada durch die revolutionäre Petersburger Regierung, die Zulassung ihrer Vertreter zu den Friedensverhandlungen, daß die Errichtung einer maximalistischen Gegenregierung in Charlow, die dem Generalsekretariat von Kien den Krieg erklärte mit ausdrücklicher Mitwirkung der Petersburger Machthaber und großrussischer Truppen. Selbstverständlich in der Absicht, nicht der Friedensstiftung zwischen den einzelnen Teilen der künftigen allrussischen Bundesrepublik zu erleichtern, sondern die neue Verfassung des Reiches zu erleichtern, sondern die neue Verfassung des Reiches zu erleichtern, sondern die neue Verfassung des Reiches zu erleichtern.

Das ist dabei ganz planmäßig vorgehen, das eben zeigen die Vorgänge in Finnland. Vor wenig Wochen ist ein Grund des Selbstbestimmungsrechts, das die Bolschewiki mit großem Eifer uns gegenüber verfolgten, die neue finnische Republik ins Leben getreten. Anstatt zuerst von Russland, dann auch von Schweden, von Deutschland und sogar von der französischen Republik. Und wie sieht es heute mit dem neuen finnischen Staatswesen, wie sieht es mit seinem Selbstbestimmungsrecht aus? Es existiert nicht mehr. Woher das eine noch das andere. Das ganze Gebiet nordwärts vom Viborg ist in einem Zustande der Auflösung, der Anarchie wie er schlimmer in keinem Augenblicke in Russland geherrscht hat. Die Regierung, die Finnland sich gegeben, ist gelähmt. Die führenden Männer, darunter hochberühmte Patrioten, wie der Präsident Sinthufurin, der lange für sein Wirken im Dienste der finnischen Freiheit in Estland geschätzt, sind ins Gefängnis geworfen; andere Mitglieder des Senats, soweit sie nicht ebenfalls gefangen worden, sind gelähmt. Eine vorläufige maximalistische Regierung ist eingesetzt. Die Hauptarbeit des Senats liegt unter dem Feuer russischer Kanonendonnen. Russische Truppen haben die wichtigsten Stützpunkte der Staat besetzt. Man beachte: Russische Truppen. Und damit ist alles gesagt, was zur Aufklärung über die Politik der russischen Regierung nötig ist. Aufgabe der russischen Truppen wäre es gewesen, in der Stunde, in der Finnlands Selbständigkeit zur Tatsache wurde das Land zu verlassen. Denn für eine Berechtigung dort zu verweilen, die schon vorher nur entgegen klaren Verfassungsbestimmungen in Anspruch genommen worden war, war jeder Grund entfallen. Aber dergleichen stellte der Senat die dahingehende Forderung. Was geschah denn, ist das Umgekehrte. In zahlreichen Militärorten wurden neue russische Truppen mit Nachschub und Baggage nach Finnland geschickt. In welchem Zweck? Das hat ihre Rolle bei dem Untergang der letzten Tag bewiesen. Die neue Umwälzung ist von der roten Garde nur im Einverständnis mit Petersburg durchgeführt worden und konnte nur in diesem Einverständnis nur sich gehen. Das war ein farschichtig vorbereitete Stille. Man erkannte die finnische Republik nur an, um sie zu verewaltigen, man sprach ihr das Selbstbestimmungsrecht nur zu, um es als bald im Feuer der Majingengebilde zu beseitigen. Nun ist das Land, das ohnehin unter schweren Ernährungsnot leidet, wie tatsächlich kein anderes Land Europas, in einem stillstehenden Zustande. Die Bewohner streben aus den Städten, hilflos stehen sie in der Ferne vor den plündernden roten Gewesen in die unruhigen Finnen. Die russischen Revolutionäre üben die Macht aus. Was an Elementen einer eigenen finnischen Politik aufzukommen begonnen hatte, ist niedergestreckt und erstickt. Die großrussische Autokratie

Die Kämpfe in Finnland.

Tornea im Besitz der Bürgerlichen.
Kopenhagen, 2. Februar. "Politiken" meldet aus Haparanda: Bei Torneå fand ein blutiger Kampf statt, bei dem die rote Garde die Kirche und Schule zerstörte. Die rote Garde ist hier nicht mehr und besetzte die Stadt. In Wiborg besaß die rote Garde die Stadt, ihre Machtstellung mit Unterstützung von russischen Truppen. Torneå befindet sich in den Händen der bulgarischen Truppen. Die russischen Soldaten sind dort bereit, die Waffen abzugeben und nach Russland zurückzukehren.

neuer Form ist am Werte, wie nur je in den schlimmsten Tagen des Fortschritts.

Beachtenswert ist auch eines Bemerkens, warum Herr Tolstoj so sehr davon klagt, die Räumung der von uns besetzten Gebiete der Handhüter durch unsere Truppen durchzuführen, ob das Befahren der Selbstbestimmung in seine Rechte treten soll? Auch wer mit dem bisherigen Auftreten unserer Unterhändler nicht in allen Stücken einverstanden ist, hat doch anzuerkennen müssen, daß die Zweifel an der Unselbstständigkeit der vorkriegs-russischen Politik berechtigt sind, und ebenso die Zweifel an der Ehrlichkeit ihres Willens, ihrerseits in voller Freiheit die Fremdherrscher über ihre Geschicke bestimmen zu lassen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß wenn wir diese Räumung nach Tolstoj'schem Rezept durchzuführen, das finnische Beispiel in Kurland, in Litauen und auch in Polen alsobald Nachahmung fände? Mühen nicht, rote Garben? und russische Truppen sich einzufinden, die mit den in Belgien'sche erprobten Ueberredungskünsten dem Programm der radikalen Sozialrevolutionäre zur Verwirklichung verhelfen würden? Wäre dann nicht bald der Zustand erreicht, daß nur ein Mittel aus in diesen Gegenden Geltung haben darf, nämlich der Wille der Menschheit, aber von Kretschurg?

Unsere Unterhändler haben den Forderungen der russischen Vertreter gegenüber in vielen Punkten großes Entgegenkommen bewiesen. Sie haben noch weiteres Entgegenkommen in Aussicht gestellt, namentlich was die Frage der „breiteren Bahns“ für die Volksschätzung und den Zeitpunkt für die Schaffung dieser Bahns betrifft. Mehr kann man nicht verlangen. Sie werden nur in dem einen Punkte, der die Annahme des 1. Art. 6, unerlässlich sein. Man möchte lieber bereitwillig sein, daran zu zweifeln, ob dieser Widerstand gerechtfertigt ist. Nach den Erfahrungen von Sellingsen wird man diese Zweifel aufgeben müssen. Wir haben nun die Kräfte kennen gelernt, in die unsere Grenzgebiete in dem Augenblicke ausgeliefert würden, in dem wir uns zur Schaffung einer freien Staatsgewalt zurückziehen. Wir müßten jedoch den Triumpf dieser Mächte an unseren Grenzen winden und es als das größte Ergebnis dieses Krieges ansehen, daß die eine russische Unterabteilung durch die andere abgelöst würde, wenn wir ihnen die Rente ohne weiteres ausliefern. Wir müßten nach wie vor Frieden und freundschaftliches Zusammenleben mit dem russischen Nachbarland, aber natürlich nicht unter Bedingungen, die außerhalb aller vernünftigen Hoffung liegen.

Wiener Bericht.

Die Artilleriekämpfe bei Alago.

WTB. Wien, 2. Februar. Amlich wird verlautbart: Auf der Schlacht bei Alago und Witzel der Streitkräfte die Artilleriekämpfe lobhaft.

Der Chef des Generalstabes.

Ein Jahr U-Boot-Krieg.

Auszeichnung Holtendorfs und Scheerer.

WTB. Berlin, 2. Februar. Zum Jahrestag des unangefangenen U-Boot-Krieges haben S. Majestät der Kaiser dem Chef des Admiralstabes von Holtendorff und dem Chef der Hofkriegs-Kommission Admiral Scheerer das Eisenkreuz zum Orden Pour le mérite verliehen.

Weitere Besprechungen beim Kanzler.

Zusammenkunft zwischen Kanzler, Payer, Waldfogel und Drews und Ebert, Hasse, Ledebour und Scheidemann.

WTB. Berlin, 2. Februar. (Amlich.) Die Abgeordneten Ebert, Hasse und Scheidemann sind heute vormittag zum Reichsanwalt zu einer Besprechung empfangen worden, an der auch dessen Vertreter von Payer, der Staatssekretär Wallraf und der Minister des Innern Drews teilgenommen haben.

Die Abgeordneten unterbreiteten dem Kanzler den Wunsch, bei den Militärbehörden darauf hinzuwirken, daß Vertrauensmännern der streikenden Arbeitergruppe erlaubt werden möchte, in einer geschlossenen Versammlung über die durch den Streik geschaffene Lage zu beraten.

Unter der Tropensonne.

Noman von Erik Grøpe-Søcher.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

So aber kam er, den Blick mit einer überraschten Spannung auf sie gerichtet, mit großen Schritten auf sie zu. Und als er, vor ihr stehend, den Tropenhelm abnahm, fragte er mit einer tiefen Stimme, die durch eine gewaltigen beherztigen Erregung laut klang: „Kraulein Bertens aus Hamburg?“

Seine Worte übergoßen das junge Mädchen wie ein kalter Strahl. Gerade als wenn er eine Gornenante abholt! dachte sie erwidert, und so erwiderte sie lächelnd: „Ja, ich bin Sylvia Bertens!“

„Und ich bin Herbert Beermann!“ sagte er ganz geschäftsmäßig. „Du hast mich gewiß überkannt!“

Während Sylvia rumm nierte, sah sie ihm gerade ins Gesicht. Auf dem Bilde, das er ihr zur brieflichen Verlobung gesandt hatte, entbehrte sie zwar das, was sie an einem Manne besonders schätzte: eine äußere tadellosemäßige Robe. Aber da er in ihrer Erinnerung als der gutmütige, große Knabe von zehn Jahren vor ihren Augen stand und sie auf jenem Bilde einen Zug von Güte zu entdecken glaubte, hatte sie ohne Bedenken in die Verlobung gewilligt.

Jetzt aber hatte sie nur die eine Empfindung, daß sie diesen Mann nicht werben könnte. Sie verabschiedete diese großen, ungeschicklichen blauen Schnurrbärte, wie Herr Beermann einen trug; sie fand ihnen weißen Seinsanzug entschieden geschmacklos und schreitend, den Schilps nachlässig geknüpft und die Haltung weder vornehm noch höflich. Und doch wurde Herbert am seine herrliche nachliche Figur von den herrlichen Spanien oft beneidet, und als er den gewählten feinsten Tropenhelm lästete, zeigte sich reiches blondes Haar in kurzen Locken.

Seine dunklen graublauen Augen, die allerdings im Lebensstampe und dem aufreizenden Tropenleben verkratzt, so gutig und tren wie zur Kindheit in die Welt zu Wälden, konnten sie im warmen Schimmer nicht aus ihnen abwenden. Und da er vor Schönheit eine sehr überraschende Bewunderung hatte, wurde sein Be-

Weitere Aeußerungen Lord Lansdownes.

Lansdowne ist von Hertings Rede „sehr enttäuscht“. — Auch England wünscht einen „balbigen, klaren Frieden“. — Der Weg voller Hindernisse.

WTB. London, 1. Februar. In seiner Antwort an die Schriftsteller- und Journalisten-Vereinigung, die Lord Lansdowne wegen seines Briefes im „Daily Telegraph“ eine Anerkennungsbriefe überreicht hatten, sagte Lansdowne weiter: „Ich bin überzeugt, daß ohne einen Friedensvertrag ein Konferenzgespräch kein zweckmäßiges Mittel sein würde, um ein internationales Schiedsgerichtshofes einzuwickeln. Es ist mir ein großes Vergnügen, daß die Friedenskonferenz sich mit diesen Fragen befassen sollte. Man kann nicht auf die Rede Hertings verweisen, und ich gebe zu, daß die Rede sehr enttäuscht hat. Sie scheint mit Zweck und Zweckmäßigkeit zu sein. Aber ich bin geneigt, Herting eine zu gute zu halten. Ich glaube,

nirgend wäre mehr überbracht, als er, wenn er annimmt, wir würden Gibraltar, Hongkong oder irgend einen anderen Teil der Erde ausliefern. In jeder Zeit hielt Graf Herting seine Rede, welche sehr viel hoffnungsvoller war. Die Besetzung muß über die wahren Tatsachen in vollständiger Weise unterrichtet werden. Wir wünschen einen baldigen klaren Frieden, begründet auf vollständiger Wiederherstellung, und der auch vollständige Sicherheit für die Zukunft gibt und der alle internationalen Schwierigkeiten, um mit Willen zu sprechen, gemäß der historisch gewordenen Prinzipien nationaler Gerechtigkeit löst. Wir hoffen, daß unsere Regierung seinen Weg, der zum Frieden führen könnte, unbedingten lassen wird, mag er auch noch so voller Hindernisse sein.

Der Reichsanwalt stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß die Regierung das Aufnahmestadium einer Versammlung, deren Beschlüsse darauf hinauslaufen könnten, geschwundene Handlungen gutzuheißen, oder gar für ihre Fortsetzung einzutreten, nicht befürworten könne. Auch wenn die Versammlung zu dem Ergebnis führen sollte, daß die Streitenden auf neue den Antrag stellten, mit der Regierung zu verhandeln, würde sie die Frage nur weiter verlagern, da die Regierung auf einen solchen Antrag nur ablehnend antworten kann. Solange deshalb keine Gewißheit darüber vorliegt, daß die Verhandlung lediglich dahin wirken werde, den Streit zu beenden und alle allgemeinen politischen Wünsche der Arbeiter künftig auf dem geschäftlichen Wege über die Volkswirtschaft an die Regierung gelangen zu lassen, könne diese den Vorschlag der Abordnung nicht in Erwägung ziehen.

Verhaftungen in München.

WTB. München, 1. Febr. Der Polizeibericht teilt mit: In der getrigen Streifenvermittlung liegen sich behauertliche Weise mehrere Personen zu Handlungen hinreichend, die gegen das Strafgesetzbuch verstoßen. Infolgedessen mußten gestern abend und heute morgen sechs männliche und vier weibliche Personen vorläufig festgenommen werden. Unter den vorläufig festgenommenen befinden sich Schriftsteller, Kurt Eigner und Frau Sarah Sonja Herz geborene Rabbinowitz, frühere russische Staatsangehörige.

Eine andere Meldung des WTB. befragt: Der zuständige Richter hat heute vormittag Haftbefehle erlassen gegen den Schriftsteller Kurt Eigner (früher Redakteur des „Korwirts“), geboren in Berlin, die Reichsdosenmännin Sarah Sonja Herz, geborene Rabbinowitz, aus Wierchen, und den Schloffer J. S. Unterstein, geboren in Frankfurt, wegen Landverrat. Die genannten sind Hauptangeklagte in der Münchener Streitangelegenheit.

Die Kriegsgerichte in Prag in Tätigkeit.

Der erste Fall, der vor dem außerordentlichen Kriegsgericht für Berlin III, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Seife, zur Verhandlung kam, betraf nach dem „L.M.“ den 30-jährigen Dreher Heinrich Schulz. Der Angeklagte, der eine gelähmte Frau und zwei Kinder zu Hause hat, war seit 8 Jahren bei den Elektricitätswerken Bergmann beschäftigt. Er hat am 29. Januar, vormittags 6 Uhr, am Bahnhof Reindorf-Rohlfenthal an die mit der Bahn ankommenenden Arbeiter, die in die Fahrt gehen wollten, Zettel verteilt, die zum Streik aufforderten.

Der Angeklagte gab die Tatsache zu, behauptete aber, daß er den Zettel nicht gelesen und geglaubt habe, daß es sich um eine Einladung zu einer Versammlung gehandelt habe. Er ist, wie er zu betragen angab, Mitglied des Metallarbeiterverbandes und des Arbeitervereins der U n a b h ä n g i g e n Sozialdemokraten.

Der Referent klagte den Angeklagten des Verbrechens gegen § 89 StGB an, der besagt: „Wer während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges die Kriegsmacht des Deutschen Reiches vorläufiger Kradel führt, und wegen Landesverrats mit Zuthat, oder, wenn mitlührende Umstände vorhanden sind, mit Festsetzung bestraft.“ Der Referent führte hierzu aus: Bei Bergmann wird Kriegsmacht gearbeitet; die teilweise Zahlung dieser Arbeit durch einen Streik bedeutet die

Schwächung der Kriegsbereitschaft des Deutschen Reiches, dem dadurch enormer Schaden zugefügt wird. Mitlührende Umstände liegen bei dem Angeklagten nicht vor. Wir stehen im härtesten Kampfe um unser Vaterland, und es muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen solche Gefährdung des Vaterlandes eingeschritten werden. Nichts mit dem einzelnen ist hier nicht am Platze, keiner darf sich an betrieblichen Landesverratlichen Antriebe beteiligen! Die Arbeiter, die sich dazu haben verleiten lassen, dem Vaterlande zu schaden, mögen sich später bei den unverantwortlichen Personen bedanken, die sie zu diesen Taten verleitet haben. Der Verurteilte hat beantragte wegen verurteilten Verbrechens gegen § 89 in Tateinheit mit dem Vergehen gegen das Vergehen ein Jahr Zuchthaus.

Zuletzt Hermannson als Verteidiger des Angeklagten führte aus, daß dieser gewiß nicht den Bewußtsein gehabt habe, durch die Verteilung eines Landesverrats zu gehen; es handle sich nicht um

einen leichtfertigen Streik als um böse Misset. Seine Handlungswelt sei zweifellos tadelnswert, den Angeklagten sollten aber doch mildernde Umstände zugestanden werden. Der Gerichtshof verurteilt den Angeklagten in die Gefängnis um zwei Monate Zuchthaus, die in 6 Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Der Angeklagte wurde in Haft gehalten.

Weitere Einzelheiten über den Angriff auf Paris.

WTB. Bern, 1. Februar. Aus der Pariser Presse läßt sich über den Ritzangriff weiter entnehmen, daß der ganze Stadtteil mehr oder weniger mit Bomben belegt wurde. Hauptächlich wurde das 16. und 17. Departement betroffen. In der Nähe der Gare du Nord, Gare West, an der Rue d'Albany, in der Nähe des Gaswerks und auf dem linken Ufer der Seine, im Gebiet von Belleville Montane wurde schwerer Schaden angerichtet. Die nördlichen Vororte wurden dem „Petit Parisien“ zufolge, besonders schwer heimgesucht. In der Umgegend von Paris schlugen verschiedene Bomben in Fortränen ein, zwei in einer und sechs in einer anderen. Lagerhäuser mit Ausfuhrgegenständen brannten ab. In einer bedeutenden Fabrik der nördlichen Vororte wurden etwa 17 Arbeiter verletzt.

Wie mit leiser Geräusch, nachdem sie vergeblich auf seine Entschädigung wegen seines Verpätens gewartet hatte: „Ich glaube, du wirst mich bei meiner Ankunft an Bord begrüßen und nicht so lange warten lassen!“

Da blieb Herbert plötzlich auf einer Stufe stehen und sagte etwas heftig: „Woll der dumme Burche, der Augustin, sich gelten abend wieder einen Raub in frisch getrenntem Palmensaft angetrunken hätte, hat er den Richter nicht rechtzeitig gewacht, sondern die Zeit verschlafen. Als ich zum Saufen fahren will, war nicht angepant! Am Hafen brummt mir der Burche durch, weil er seinen Liebskind entbeht hat, der ihm vom letzten Habentempje noch eine Fettsmette schuldet. Da ich die Dampfmaschine schon vor der „Mimbanca“ abhocken sah, wollte ich mit schon einen anderen Schwarzen zum Hülberdauern mieten, als endlich Antonio den Schlingel aufstüßerte. Durch das alles kamen wir natürlich zu spät an Bord!“ Und dann schloß er, ohne ein Wort des Bedauerns für ihr petulisches Verhalten zu haben, mit einer fast ingratierten Selbstprüfung: „Nun, Augustin wird nachher noch einen Hebe bekommen!“

Seine Worte weckten in Sylvia, die der überzeitlichen Dienstverhältnisse noch fremd waren, eine Vorstellung brutaler Tyrannei. Der Mann, der loeben seine Braut abholte, beschäftigte sich in Gedanken damit, wie er seinen Diener züchtigen wollte! Nur mit Ueberwindung reichte sie ihm die Hand, als er ihr beim Einsteigen ins leicht schaukelnde Boot half.

Als beide Diener, die sich erhoben hatten, mit einem freudigen: „Guten Tag, Herrin!“ sie begrüßten, ließ sich Sylvia mit einem kurzen prächtigen Blicke hebe und sah sofort, daß es zwei durchaus verschiedene Naturen sein mußten, trotzdem beide ganz gleich in neue farbige weisse Leinwand gekleidet waren, über die ein langes, weiß und rot gestreiftes Hemd fiel. Augustin, der vorhin erholt die Faust hinter Herberts Rücken gedroht hatte, machte mit seiner nachlässigen Haltung und dem vorgehobenen Unterhosen einen trüben Eindruck. Der andere Diener, Antonio, trug seinen geschäftig gebauchten Körper mit unverschämter Selbstzufriedenheit. Und trotz seiner hellbraunen Hautfarbe und dem markanten Stoppel über dem breiten Unterkiefer war er mit seinen intelligenten dunklen Augen ein ganz hübscher Burche. (Fortsetzung folgt.)